

„... und am Ende stand die Kirchengemeinschaft“

Methodisten, Lutheraner und Reformierte feiern gemeinsam in Nürnberg

Nürnberg, 30.09.2012/APD Der evangelische Stadtdekan Dr. Jürgen Körnlein betonte am 30. September in der Nürnberger St. Lorenz Kirche am Beginn des Festgottesdienstes zum 25-jährigen Jubiläum der Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft zwischen Methodisten, Lutheranern und Reformierten, dass die drei Konfessionen „Ökumene jetzt“ längst praktizierten. „Sie behielten zwar ihre rechtliche, organisatorische und konfessionelle Eigenständigkeit, haben aber schon seit 25 Jahren Kirchengemeinschaft.“

Die Bischöfin der Evange-lich-methodistischen Kirche in Deutschland (EmK), Rosemarie Wenner (Frankfurt/Main), wies in der Predigt, die sie zusammen mit dem Leitenden Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), Bischof Gerhard Ulrich (Kiel), hielt, auf Konflikte hin, die es vor über 25 Jahren gab. In einem damals von der VELKD herausgegebenen konfessionellen Handbuch sei Lutheranern abgeraten worden, am Abendmahl der Methodisten teilzunehmen. Die Bischöfin freue sich, dass ihre Kirche vor mehr als 25 Jahren trotz Belastungen das Gespräch mit den Lutheranern gesucht habe. So sei ein offizieller theologischer Dialog vereinbart worden, „und am Ende stand die Kirchengemeinschaft“. Die kirchliche Gemeinschaft gewinne sichtbaren Ausdruck, „indem wir Vielfalt schätzen, miteinander in Beziehung bleiben und so in der Liebe wachsen“, betonte Rosemarie Wenner.

Bischof Gerhard Ulrich verwies in seiner Predigt auf das Wort Gottes als Grundlage. Der gemeinsame kirchliche Auftrag sei es, Jesus Christus zu verkündigen. „Alles Trennende kann und

darf uns nicht davon abhalten, dass wir miteinander, als ein Leib sichtbar und hörbar sind und die Stimmen erheben für Recht und Frieden und gegen alle Formen des Fundamentalismus – die wahre Gefahr der Trennung.“ Er frage sich, weshalb Lutheraner und Methodisten nicht schon eher zur Gemeinschaft zusammengefunden hätten. „Ja, wir hätten schon früher mutig voran und aufeinander zugehen können.“ Ökumenisch auf der Höhe der Zeit zu sein, heiße auch, damit zu rechnen, „dass der oder die andere schon etwas mehr oder eben anderes von der Wahrheit erkannt hat, die in Christus zu finden ist“.

Nach der gemeinsamen Abendmahlsfeier in der St. Lorenz Kirche rief Pfarrer Dieter Krabbe (Nürnberg) von der Union Evangelischer Kirchen in der EKD (UEK) dazu auf, nicht bei dem Erreichten stehen zu bleiben. Es gehe darum, weiter zu ziehen. „Wir sind noch nicht das als Christen, was wir sein könnten.“ Achtung und Respekt voreinander werde helfen, die Vielfalt in der „einen Kirche“ nicht als Bedrohung, sondern als Bereicherung zu empfinden.

Die Vereinbarung zur Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft war am 29. September 1987 in der Nürnberger St. Lorenz-Kirche feierlich proklamiert worden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Liedgut und Musik der Freikirchen

Marburg/Lahn, 30.09.2012/APD „Die christliche Kirche ist

eine singende Kirche“, betonte der 2. Vorsitzende des Vereins für Freikirchenforschung (VFF), Dr. Johannes Hartlapp, in seiner Einführung zur Herbsttagung des Vereins zum Thema „Liedgut und Musik in der Geschichte der Freikirchen“ in der Evangelischen Hochschule Tabor Marburg/Lahn. Ein Gottesdienst sei ohne Lieder kaum denkbar, stellte der Dekan der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg fest.

Günter Balders (Berlin), baptistischer Pastor und emeritierter Professor für Kirchengeschichte, kam bei seinem Rückblick zur freikirchlichen Musik zu dem Ergebnis, dass es keine Freikirche gebe, die so wie die Methodisten das internationale christliche Liedgut berücksichtigen würde. Der im Ruhestand lebende Probst Manfred Weingarten (Verden/Aller) stellte die Gesangbücher der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) und ihrer Vorgängerkirchen dar. Friedlind Riedel (Göttingen) und Simon Runkel (Siegen/Bonn) führten in ihren Forschungsbericht zur Rolle der Musik bei den sogenannten „Geschlossenen Brüdergemeinden“ ein, zu denen in Deutschland rund 13.000 Gläubige an 213 Versammlungsorten zählten. Bei einer Podiumsdiskussion zur Arbeit der Gesangbuchausschüsse ging es unter anderem um Kriterien für Lieder, die in einem neuen Gesangbuch am Beispiel der Methodisten, Baptisten, den Freien evangelischen Gemeinden und der SELK aufgenommen würden. Bundessingwart Horst Krüger (Wuppertal) gab einen Einblick in die Geschichte und Arbeit des Christlichen Sängerbundes, der in Deutschland rund 600 Chöre mit etwa 10.000 Sängerinnen und Sängern aus verschiedenen Kirchen und Gemeinschaften umfasse.

Majorin Christine Schollmeyer (Hamburg) betonte, dass es für die Heilsarmee typisch sei, christliche Texte mit bekannten „weltlichen“ Melodien zu verbinden. So werde das Lied „Liebster Jesus, welche Freude, es zu wissen: du bist mein!“ nach der Melodie aus Beethovens „Ode an die Freude“ gesungen. Dem „Kriegslied“ der Heilsarmee, „Krieger unseres Herrn ...

stürmt des Teufels Festung“, lägen die Noten eines alten englischen Trinkliedes zugrunde, obwohl die Mitglieder der Freikirche abstinent lebten und daher auf alkoholische Getränke verzichteten. Das Lied „Jesus, halt mich unterm Kreuz an dem Born des Lebens“ werde nach der volkstümlichen Weise „Sah ein Knab' ein Röslein steh'n“ (Heideröslein) gesungen. Das eigene musikalische Empfinden stellten die Mitglieder der Heilsarmee dabei zurück, um Menschen durch bekannte Melodien anzusprechen, so Schollmeyer.

Über die „Aufgabe des Chores in Gemeinde und Gottesdienst“ referierte Dr. Holger Eschmann, Professor für Praktische Theologie an der Theologischen Hochschule Reutlingen der Evangelisch-methodistischen Kirche. Verschiedene Untersuchungen hätten ergeben: „Wer singt, ist glücklicher und gesünder“, denn Singen habe eine Angst lösende und Schmerz lindernde Wirkung. Zwar würden immer wieder freikirchliche Chöre wegen mangelnden Interesses oder Überalterung aufgelöst, andererseits entstünden neue Singkreise. „Das Singen im Gottesdienst ist immer noch für die Gläubigen wichtig.“ Ein Chor sei allerdings mehr als nur die Umrahmung eines Gottesdienstes. Er übe einen liturgischen Dienst aus. Er habe im Gottesdienst auch keine Auftritte, denn die Gottesdienstbesucher wären nicht in einem Konzertsaal. Das Lob Gottes solle zwar mit „möglichst schönen Tönen“ zum Ausdruck kommen, doch auch ein sogenannter „mittelmäßiger“ Chor habe im Gottesdienst seine Berechtigung.

Der Liedermacher Wolfgang Tost (Chemnitz) berichtete über seine langjährige Zusammenarbeit mit dem evangelisch-lutherischen Pfarrer Dr. Theo Lehmann in der Jugend- und Gemeindeevangelisation. Ein Liedermacher komme ohne große Technik aus und wäre auch kostengünstiger als eine Band oder ein Chor. Tost sei schon bei der Vorbereitung einer Evangelisation dabei, um mit den Mitarbeitenden zu singen und sie auf das „Startlied“ der Evangelisation vorzubereiten. Außerdem werde ein Liedheft erstellt. Der Evangelist und der

Liedermacher würden ein Team bilden. Die Aussagen des Evangelisten und die Lieder wären aufeinander abgestimmt, sodass Tost der Lied- und Lehmann der Wortevangelist sei. Beim ersteren gehe es um eine gute Mischung von Solo- und Mitsingliedern. Dabei handele es sich um aus dem Leben gegriffene, aktuelle und eindrückliche Liedtexte ohne fromme Schnörkel.

Der emeritierte Professor für Kirchenmusik, Wolfgang Kabus (Augsburg), der bis zu seinem Ruhestand an der Theologischen Hochschule der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg lehrte, befasste sich mit „Christlicher Populärmusik – Die Kirche als popkultureller Partner wider Willen“. Kabus schlussfolgerte, die Populärmusik bestätige höchst eindrucksvoll, dass es einer der größten protestantischen Irrtümer wäre zu meinen, Religion sei nur eine Sache der bewussten Wahrnehmung. Die Populärmusik habe in der Gesellschaft eine Leitbildfunktion übernommen. Deshalb müsse die Kirche in diesem Bereich ebenfalls kompetent werden. Dennoch habe auch die tradierte Kirchenmusik ihre Berechtigung.

Zum Schluss der Herbsttagung gab Clemens Mudrich (Bautzen) einen Bericht über seine Forschungen zu den historischen, praktisch-theologischen und musikpsychologischen Aspekten heutiger Lobpreiskultur im Gottesdienst. Die in Marburg gehaltenen Referate werden im VFF-Jahrbuch dokumentiert, das 2013 erscheinen soll.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Gedenken an den hingerichteten Kriegsdienstverweigerer Günter Pietz

Halle/Saale, 28.09.2012/APD Am 27. September 1943 starben in der damaligen zentralen Hinrichtungsstätte „Roter Ochse“ in Halle/Saale 14 Menschen durch das Fallbeil, erinnerte Gerhard Peters, Pastor der Adventgemeinde Halle der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. „Der jüngste von ihnen war der 18-jährige Reform-Adventist Günter Pietz.“ Es sei bemerkenswert, dass 69 Jahre nach seinem Tod als Kriegsdienstverweigerer beide Zweige der Adventisten, nämlich die Freikirche und die im Ersten Weltkrieg entstandenen Reform-Adventisten, gemeinsam an dieses Ereignis gedachten. Ein Blumengesteck aus weißen Chrysanthemen mit jeweils einer Schleife für jede der beiden Glaubensgemeinschaften befand sich in der Gedenkstätte „Roter Ochse“ an der Stelle, wo das Fallbeil stand, das Günter Pietz tötete.

Dietmar Eißner von der Adventgemeinde Halle las aus dem Totenbuch der Gedenkstätte die 14 Namen der am 27. September 1943 Hingerichteten vor. Von 1942 bis April 1945 wären an dieser Stelle 549 Gefangene aus 15 Ländern durch Fallbeil oder Erhängen gestorben. Darunter hätten sich mindestens 57 Kriegsdienstverweigerer befunden; die meisten seien Zeugen Jehovas gewesen.

Eißner zitierte aus dem Feldurteil des Reichskriegsgerichts vom 11. September 1943 in der Strafsache gegen den Kanonier Günter Pietz wegen Wehrdienstverweigerung: „Der Angeklagte wird zum Tode, zur Wehrunwürdigkeit und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. ... Er erklärte gegenüber seinem Batterieführer, dass er es seinem Glauben und

seinem Gewissen gegenüber nicht verantworten könne, den Fahneneid abzulegen. ... Er ist daher wegen fortgesetzten Verbrechens der Zersetzung der Wehrkraft ... zu bestrafen. ... Mit Rücksicht auf die vom Angeklagten gezeigte Hartnäckigkeit und Unbelehrbarkeit, mit der er den Wehrdienst ablehnt, ist eine milde Beurteilung ausgeschlossen. Derart hartnäckige Wehrdienstverweigerer sind wegen der ihnen innewohnenden gefährlichen Werbekraft insbesondere geeignet, den Wehrwillen anderer zu zersetzen. Deshalb muss auf die Todesstrafe erkannt werden.“

Die jetzige Generation trage zwar keine Schuld an den Taten ihrer Vorfahren, so Dietmar Eißner, doch sie habe die Verantwortung, an diese Taten zu erinnern, um daraus zu lernen und anders zu handeln. Der Deutsche Bundestag habe erst 2002 die Urteile der Wehrrechtsjustiz gegen Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und „Wehrkraftzersetzer“ aufgehoben.

Pastor Gerhard Peters las aus den beiden Briefen, die Günter Pietz vor seiner Hinrichtung am 15. August und 27. September 1943 an seine Eltern schrieb. In ihnen werde innerer Frieden und Glaubenszuversicht deutlich: „Wegen der Todesstrafe habe und mache ich mir gar keine Gedanken. Denn ich weiß, dass mir Gott beisteht, und so einen Frieden und eine Ruhe im Herzen habe ich nicht gehabt wie in diesen letzten Tagen. ... Weinet nicht über mich, denn ich bin gut aufgehoben. Wenn unser Heiland einmal kommt, um sein Volk zu erlösen, dann werden wir uns freuen. Und mein Wunsch ist es, Euch liebe Eltern, dort zu sehen. Es soll uns nichts scheiden von der Liebe Gottes.“

Es sei besonders wichtig, „unserer Jugend Günter Pietz nahe zu bringen“, betonte Ines Müller (Naumburg/Saale), Jugendleiterin der Deutschen Union der Siebenten-Tags-Adventisten Reformationsbewegung bei der Gedenkveranstaltung in Halle. Günter wäre schon als 12-Jähriger in der Schule wegen seiner Begeisterung für die Bibel und die Reformation Martin Luthers aufgefallen, sodass er den Spitznamen „kleiner Prophet“ erhalten habe. Bereits im Alter von 15 Jahren sei er von der

Gestapo verhört und gefoltert worden, weil er sich geweigert habe, am Samstag, dem biblischen Ruhetag (Sabbat), in einer Fabrik zu arbeiten. Ein Jahr später sei er aus demselben Grund für zehn Wochen in das Konzentrationslager Auschwitz gebracht worden. „Nach seiner Entlassung war er so abgemagert und am Ende seiner körperlichen Kräfte, dass seine Mutter ihn nicht auf Anhieb erkannte.“

Ines Müller zeigte sich davon überzeugt, dass es für Günter nur einen einzigen großen Plan für sein Leben gegeben habe: „Gott treu zu sein – um jeden Preis.“ Ihm sei bewusst gewesen, dass er sich vor Gott nicht mit der politischen Lage entschuldigen konnte. Gottes Wort gelte immer und überall. „Günter Pietz hat nicht mit 18 Jahren sein Leben verloren, sondern sich ganz in die Hände Gottes begeben, der das ewige Leben schenken kann“. So sei er auch heute noch ein Vorbild, nicht nur für Jugendliche.

Günter Pietz wurde am 4. Juli 1925 in Chorzow, Kreis Königshütte, geboren. Am 16. April 1943 erfolgte seine Einberufung zur Wehrmacht nach Oppeln. Am 30. April 1943 verweigerte Pietz aus religiösen Gründen den Wehrdienst. Der Vater wurde einbestellt, um den Sohn umzustimmen. Im Todesurteil ist festgehalten: „Der Vater hieß jedoch die Einstellung des Sohnes gut und bemerkte, dass dies eine Glaubensangelegenheit sei und er seinen Sohn vollkommen verstehen könne.“ Daraufhin erfolgte die offizielle Festnahme von Günter Pietz, der damals 17 Jahre alt war. Das Urteil des 1. Senats des Reichskriegsgerichts (RKG) vom 6. August 1943 lautete: Todesstrafe wegen Wehrdienstverweigerung. Der Präsident des RKG, Admiral Max Bastian, bestätigte am 8. September das Urteil und ordnete die Vollstreckung an, die am 27. September 1943 gegen 17 Uhr in Halle durch Enthauptung erfolgte.

mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Datendiebstahl beim Nachlass von Ellen G. White

Silver Spring, Maryland/USA, 27.09.2012/APD Die passwortgeschützte Datenbank, auf der Briefe und Manuskripte aus dem Nachlass von Ellen G. White (1827-1915), einer prägenden Persönlichkeit in der Frühzeit der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, gespeichert sind, sei laut Angaben von Kirchenmitarbeitern gehackt worden. Diverse, bisher unveröffentlichte Dokumente mit Copyright wären später online an Personen zum Kauf angeboten worden, deren Namen auf einer ebenfalls gestohlenen Versandliste verzeichnet gewesen seien. Das „White-Estate“ mit Sitz im Verwaltungsgebäude der adventistischen Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) in Silver Spring, Maryland/USA, ist Treuhänder und Copyrightinhaber der Schriften Ellen Whites. Es habe eine Strafanzeige beim zuständigen Bezirksgericht gegen die anonyme Hackergruppe eingereicht.

Ellen G. White hat bei ihrem Ableben im Jahr 1915 mehr als 35 Bücher, rund 5.000 Artikel sowie 8.300 Briefe und Manuskripte hinterlassen. Ihre Bücher wurden in mehr als 50 Sprachen übersetzt. Die Nachlassverwaltung wurde 1933 gegründet. Das bisher publizierte Material von Ellen G. White ist auf der Website der Nachlassverwaltung <https://egwwritings.org/> zugänglich.

„Das bisher unveröffentlichte Material ist keineswegs geheim und wurde Interessierten zu Forschungszwecken zugänglich gemacht“, betonte Thomas Lobitz, Redakteur im Advent-Verlag

Lüneburg. Die Manuskripte würden in Kürze ohnehin in einer kommentierten Sammlung veröffentlicht, deren erster Band bereits im Druck sei.

In der Vergangenheit hätten adventistische Gruppen, die nicht mehr der Freikirche angehörten, wiederholt Bücher von Ellen G. White ohne Absprache mit dem White-Estate und kircheneigenen Verlagen veröffentlicht, so Lobitz. Der Diebstahl von unveröffentlichtem Material könne als „Zeichen eines fortschreitenden Verfalls des Unrechtsbewusstseins unter Adventisten“ bezüglich der Publikation von Ellen-White-Literatur gedeutet werden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa unter neuer Führung

Florenz/Italien, 26.09.2012/APD Der Bischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Braunschweig, Professor Dr. Friedrich Weber, ist während der GEKE-Vollversammlung in Florenz als Geschäftsführender Präsident des dreiköpfigen Präsidiums der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) gewählt worden. Die beiden anderen Präsidiumsmitglieder sind Dr. Gottfried W. Locher, Präsident des Rates des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK), und Dr. Klára Tarr Cselovszky, Leiterin der Abteilung Ökumene und

Außenbeziehungen der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Ungarn.

Bischof Weber ist auch Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Deutschland und Catholica-Beauftragter der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD). Er wird der Delegationsleiter der GEKE für die Konsultation zwischen der römisch-katholischen Kirche und der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa sein, die im Februar 2013 in Wien beginnen soll.

Als Generalsekretär der GEKE wurde Dr. Michael Bünker, Bischof der Evangelischen Kirche A.B. in Österreich, vom neuen Präsidium bestätigt. Bünker hat diese Funktion seit 2007 inne. Sitz der Geschäftsstelle der GEKE bleibt Wien.

Zur Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) – Leuenberger Kirchengemeinschaft haben sich 106 protestantische Kirchen in Europa zusammengeschlossen. Lutherische, reformierte, unierte, methodistische und vorreformatorische Kirchen gewähren einander durch ihre Zustimmung zur Leuenberger Konkordie von 1973 Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“gestattet!

Methodisten, Lutheraner und

Reformierte feiern 25 Jahre Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft

Frankfurt am Main, 26.09.2012/APD Am 30. September wird der 25. Jahrestag der Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft am historischen Ort der Proklamation in der Sankt Lorenz Kirche in Nürnberg mit einem Festgottesdienst gefeiert. Methodisten, Lutheraner und Reformierte hatten vor einem Vierteljahrhundert am 29. September 1987 in Deutschland die Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft beschlossen. Aus diesem Anlass lädt die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) Nürnberg zu einem Festgottesdienst um 10 Uhr ein, der von der methodistischen Bischöfin Rosemarie Wenner (Frankfurt/Main), dem leitenden Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands, Gerhard Ulrich (Kiel), und dem reformierten Pastor Dieter Krabbe (Nürnberg) liturgisch gestaltet wird.

Damit im Jubiläumsjahr möglichst viele Gläubige miteinander Gottesdienst feiern können, entwickelten die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands (VELKD), die Evangelisch-methodistische Kirche (EmK), die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und die Union Evangelischer Kirchen in der EKD (UEK) einen Gottesdienstentwurf, der auch an anderen Orten genutzt werden könne.

Die achtseitige Gottesdienstordnung solle die gemeinsame Vorbereitung eines Gottesdienstes mit Abendmahlsfeiern durch evangelische und evangelisch-methodistische Nachbargemeinden anregen und unterstützen. Um die Verbundenheit der Christen verschiedener kirchlicher Traditionen zur Geltung zu bringen, nehme die Liturgie Inhalte weltweit verwendeter gottesdienstlicher Vorlagen auf.

Die liturgische Handreichung „25 Jahre Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft“ samt einem Geleitwort findet sich auf den Internetseiten der einzelnen Partner; so auch bei: www.ekd.de/presse/pm138_2012_25_jahre_kanzel_und_abendmahlsgemeinschaft.html.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Advent-Wohlfahrtswerk baut "Lebenszentrum" in Uelzen

Uelzen, 25.09.2012/APD Ein „Lebenszentrum“ mit Service-Wohnungen und ein Hospiz sollen in Uelzen durch das Advent-Wohlfahrtswerk (AWW) der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten entstehen. Die beiden neuen Einrichtungen würden das bereits dort bestehende Alten- und Pflegeheim des AWW mit 114 Senioren ergänzen. Laut Thomas Röstel (Hannover), Leiter der Grundstücksverwaltung des Norddeutschen Verbandes der Freikirche, seien ein Wohnhaus mit 40 Service-Wohnungen und ein Hospiz geplant. Bei den Service-Wohnungen könnten die Dienstleistungen, etwa Reinigung, individuell auf die Bedürfnisse und Wünsche der Bewohner angepasst werden. Das Hospiz sei dann die zweite adventistische Einrichtung dieser Art nach Lauchhammer/Brandenburg in Deutschland.

Gemeinsam mit dem Seniorenheim würden die neuen Gebäude eine architektonische Einheit bilden. Dadurch solle eine kleine Dorfgemeinschaft, ein „Lebenszentrum“, entstehen, so Röstel. Wie es sich für ein Dorf gehöre, stehe mittendrin die Kirche,

in diesem Fall die Adventgemeinde Uelzen-Am Stadtwald mit ihren geistlichen und sozialen Angeboten. Auch mit dem gesellschaftlichen Leben der Stadt Uelzen werde Verbindung gesucht. Die Bauzeit setzte Röstel mit 15 Monaten an. Die Baukosten würden sieben Millionen Euro betragen.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

644 Schülerinnen und Schüler auf der Marienhöhe

Darmstadt, 24.09.2012/APD Das adventistische Schulzentrum Marienhöhe, Darmstadt, hat im neuen Schuljahr 644 Schülerinnen und Schüler, 23 weniger als im Vorjahr. Davon besuchen 444 das Gymnasium, 169 die Real- und 31 die Grundschule. 38 wohnen im hauseigenen Internat. Nur 14 Prozent der Schüler stammen aus einem adventistischen Elternhaus. Von den 67 Lehrkräften sind 36 Siebenten-Tags-Adventisten.

Das 1924 gegründete Schulzentrum der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten besitzt seit 1950 ein staatlich anerkanntes Gymnasium. 1994 kam die Real- und 2010 die Grundschule hinzu.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Zukunft der Christen im Nahen Osten massiv gefährdet

Florenz/Italien, 23.09.2012/APD „Wir wollen nicht Flüchtlinge sein, sondern in Frieden und mit vollen Rechten und Pflichten in unserem Land leben“, sagte die aus der syrischen Stadt Homs stammende Generalsekretärin der Evangelischen Kirchen im Nahen Osten, Rosangela Jarjour, in Florenz vor der 7. Vollversammlung der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE). Noch nie hätten Christen eine „so schlimme Situation“ erlebt. Die Zukunft der Christen im Nahen Osten sei massiv gefährdet und von Angst bestimmt. Christen, die vorher in Sicherheit lebten, müssten nun erfahren, dass sie nicht mehr ihre Religion ausüben könnten und ihnen persönliche Freiheitsrechte oder das Rederecht „weggenommen werden. Alles was vorher säkular war, wird nun islamisiert“. Allein in Ägypten seien über 50.000 Christen seit Beginn der Revolution geflohen. In Homs sei ihre Familie gezwungen worden, die Heimatstadt zu verlassen. „Christen haben ihre Häuser, Geschäfte und Kirchen verloren. Es wurde geplündert, vieles ruiniert oder verbrannt“, berichtete Jarjour, die den Delegierten auch Bilder von zerstörten Kirchen in Syrien zeigte.

An die Kirchen im Westen appellierte Jarjour, „ihre prophetische Stimme zu erheben und nicht einfach ihren Regierungen zu folgen“. Es gehe darum, „auch in Syrien nach der Wahrheit zu forschen und mehr zu sehen als das, was im Fernsehen gezeigt wird“, meinte die Generalsekretärin der „Fellowship of Middle East Evangelical Churches“, die rund zwei Millionen Mitglieder aus 17 lutherischen, reformierten und anglikanischen Kirchen repräsentiert. Im Nahen Osten hätten Christen das Gefühl, „dass der Westen sie vergisst“.

Doch „der Rest der Christen wird ausgelöscht, wenn das so weitergeht“, warnte Jarjour.

Die in Syrien friedlich begonnenen Proteste seien schnell in Gewalt übergegangen. „Viele von uns glauben nicht, dass dies von Menschen innerhalb des Landes kommt.“ Anfangs wären Christen und Muslime gemeinsam auf die Straße gegangen, doch als die Gewalt zunahm, hätten sich viele Christen von der Straße zurückgezogen. „Das war keine Bewegung des Volkes mehr. Syrien wurde zum Spielfeld für alle möglichen Kräfte von außen“, stellte die Generalsekretärin fest. Sie zeigte sich überzeugt, dass „Demokratie nicht durch Waffen und Geld aus Saudiarabien oder Qatar geschaffen werden kann“.

„Kein einziger Christ“ sei mit den Entwicklungen in Syrien einverstanden. Persönlich stehe sie „für eine friedliche Lösung. Wer immer auch Syrien regieren wird, soll uns Christen einfach Freiheit einräumen, Sicherheit geben und Frieden ermöglichen“. Eindringlich unterstrich die gebürtige Syrerin, die nun am Sitz der „Fellowship of Middle East Evangelical Churches“ in Beirut/Libanon tätig ist, den Wunsch vieler Christen, im Land zu bleiben. Bevor die Christen nicht „die Agenda der neuen Regierenden kennen, wie sie zukünftig behandelt werden“, würden sich viele, die unter Assad unbeeinträchtigt lebten, nicht auf ungewisse Verhältnisse einlassen wollen.

Zur Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) – Leuenberger Kirchengemeinschaft haben sich 106 protestantische Kirchen in Europa zusammengeschlossen. Lutherische, reformierte, unierte, methodistische und vorreformatorische Kirchen gewähren einander durch ihre Zustimmung zur Leuenberger Konkordie von 1973 Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Nicht nur die evangelische und katholische Kirche im Blick haben

Frankfurt am Main, 23.09.2012/APD Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Deutschland würdige das Engagement engagierter evangelischer und römisch-katholischer Christen für die Einheit der Kirche, das aus deren Aufruf „Ökumene jetzt“ vom 5. September deutlich werde. „Alle Kirchen wissen sich durch den Willen Jesu Christi selbst zur Einheit verpflichtet. Es ist ihnen schmerzlich bewusst, dass die Kirchenspaltungen Leid verursachen und der Glaubwürdigkeit der christlichen Botschaft von der Liebe Gottes und von Frieden und Versöhnung zwischen den Menschen schaden“, heißt es in einem Kommentar des ACK-Vorstandes zum Aufruf.

Es gehe den Kirchen somit um das, was in „Ökumene jetzt“ als „gelebte Einheit“ bezeichnet werde. Sie hätten allerdings noch keine gemeinsame Antwort auf die Frage, ob und wie Einheit und historisch gewachsene Vielfalt in Einklang gebracht werden könnten. Der Vorstand der ACK unterstütze den Aufruf zum Engagement für die Ökumene, weise jedoch mit Nachdruck darauf hin, dass das Ziel nicht eine „Einheitskirche“ sein könne, in der Differenzen in den theologischen Erkenntnissen unberücksichtigt blieben. Gelebte Einheit sei nicht nur an Strukturen und Institutionen gebunden, sondern äußere sich auch darin, dass Menschen gemeinsam Christus bezeugten und ihren Glauben mit anderen teilten.

Dabei gelte es, den Blick über die Beziehungen zwischen der evangelischen und der katholischen Kirche hinaus zu weiten und

auch die Kirchen wahrzunehmen, die in Deutschland in der Minderheit seien, so die orthodoxen Kirchen, die Freikirchen und alle weiteren Mitgliedskirchen der ACK. In der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland sind 17 Kirchen und kirchliche Gemeinschaften zusammengeschlossen. Vier weitere haben Gaststatus.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

BEFG richtet Ratstagung der europäischen Baptisten aus

Wustermark-Elstal bei Berlin, 21.09.2012/APD Vom 26. bis 29. September treffen sich knapp 150 Delegierte zur Ratstagung der Europäischen Baptistischen Föderation (EBF) auf dem Gelände des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (BEFG) in Elstal bei Berlin. Die Ratstagung ist das höchste Entscheidungsgremium der EBF, zu der 51 Baptistenbünde mit mehr als 800.000 Mitgliedern gehören. Während der Tagung entscheiden die Delegierten unter anderem über einen neuen Standort für das Internationale Baptistische Theologische Seminar (IBTS), das sich zurzeit noch in Prag befindet. Die Einrichtung solle nach finanziellen Schwierigkeiten an den Standort einer anderen Hochschule verlegt werden, um wirtschaftliche und inhaltliche Synergien zu ermöglichen. Als wahrscheinlicher neuer Standort gelte Amsterdam.

Unter anderem werden die Teilnehmer der Konferenz über „Das christliche Zeugnis in einer multireligiösen Welt“ beraten. Das Dokument wurde 2011 nach einem fünfjährigen

Konsultationsprozess veröffentlicht, an dem sich der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK), der Päpstliche Rat für den Interreligiösen Dialog (PCID) der römisch-katholischen Kirche und die Weltweite Evangelische Allianz (WEA) beteiligt hatten. Das Papier enthält Empfehlungen für einen Verhaltenskodex für die internationale Mission und betont den Respekt gegenüber jeder Religion sowie das Recht zu missionieren. Gleichzeitig stünden alle Formen von Gewalt und Machtmissbrauch in Widerspruch zum christlichen Evangelium.

Informationen aus direkter Quelle sollen die Delegierten in Elstal über die politische Situation und Lage der Baptistengemeinden im Nahen und Mittleren Osten erhalten. Zur EBF gehören mehrere Mitglieder aus dieser Region, darunter die Baptistenbünde aus Ägypten, Jordanien, dem Libanon und Syrien. Gegenwärtig unterstützen die Partner von European Baptist Aid (EBAid) Hilfsprojekte für Flüchtlinge in Jordanien und im Libanon sowie ein humanitäres Projekt in Syrien. In dem Konsortium EBAid haben sich unter dem Dach der EBF verschiedene baptistische Hilfsorganisationen, darunter auch German Baptist Aid, zusammengeschlossen.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

**Deutsche Bischofskonferenz
nimmt zum Kirchenaustritt**

Stellung

Bonn, 20.09.2012/APD Die Deutsche Bischofskonferenz der römisch-katholischen Kirche hat ein „Allgemeines Dekret zum Kirchenaustritt“ veröffentlicht. Damit werde klargestellt, dass im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz ein ziviler Kirchenaustritt als förmliche Distanzierung von der Kirche „eine schwere Verfehlung“ gegenüber der kirchlichen Gemeinschaft darstelle und für jeden, der auf diese Weise auf Distanz zur Kirche gehe, die aktive Teilnahme am kirchlichen Leben eingeschränkt sei.

Zu den Rechtsfolgen eines Kirchenaustrittes gehörten unter anderem, dass keinerlei kirchliche Ämter und Funktionen sowie Mitgliedschaften in kirchlichen Vereinen mehr wahrgenommen werden dürften. Außerdem dürfe die ausgetretene Person außer in Todesgefahr nicht mehr die Sakramente der Buße, Eucharistie, Firmung und Krankensalbung empfangen. Sie könne auch kein Tauf- und Firmpate mehr sein. Ohne ein Zeichen der Reue vor dem Tod müsse sie zudem mit der Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses rechnen.

„In der Vergangenheit war es notwendig geworden, für die Kirche in Deutschland zu klären, welche innerkirchlichen Folgen die Kirchenaustrittserklärung vor der Zivilbehörde nach sich zieht“, betonte die Deutsche Bischofskonferenz. Mit dem Dekret werde auch deutlich, dass ein Kirchenaustritt nicht partiell erfolgen könne. Es sei nicht möglich, eine „geistliche Gemeinschaft Kirche“ von der „Institution Kirche“ zu trennen. „Ein Austritt nur aus der ‚Institution‘ ist nicht möglich.“

Das neue Dekret lege im Sinne der römischen Maßgaben fest, dass zu jedem Gläubigen, der seinen Kirchenaustritt erkläre, Kontakt aufgenommen werde. In einem pastoralen Schreiben solle sich der zuständige Pfarrer an den Ausgetretenen wenden und ihn zu einem Gespräch einladen, das die Beweggründe, aber auch

die Folgen zum Inhalt habe, die der Kirchenaustritt nach sich zöge. Das Gespräch biete zudem Gelegenheit, dafür zu werben, den Kirchenaustritt rückgängig zu machen.

Der Text des Dekretes und das pastorale Schreiben sind im Internet unter www.dbk.de dokumentiert.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Wieder Geschenkpakete für Kinder in Osteuropa packen

Weiterstadt bei Darmstadt, 19.09.2012/APD Am 20. September beginnt die diesjährige Aktion „Kinder helfen Kindern“ mit etwa 450 Gruppen in der Bundesrepublik. Kinder mit Eltern, Kindergärten, Schulen und Kirchengemeinden werden dann wieder Geschenkpakete für Kinder in Osteuropa packen. Damit die Sendungen rechtzeitig bis Weihnachten die Empfänger erreichen, müssen die Pakete bis spätestens 25. November bei den Sammelstellen abgegeben werden.

Laut der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland, welche die Aktion durchführt, gehen die Pakete in diesem Jahr an Kinder aus Albanien, Serbien, Kosovo, Mazedonien, Bosnien und Herzegowina, Weißrussland, Moldau und Litauen. Im letzten Jahr wurden 39.262 Geschenkpakete gesammelt. Weitere Informationen über die Aktion 2012 sind auf der Internetseite www.kinder-helfen-kindern.org zu finden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Iran: Freispruch und Haftentlassung für Todeskandidaten

Frankfurt am Main, 18.09.2012/APD Am 8. September ist der iranische Pastor Youcef Nadarkhani nach rund drei Jahren Haft aus dem Gefängnis im nordiranischen Rasht entlassen worden, wie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) mitteilte. Der vom Islam zum Christentum konvertierte Iraner, der als Pastor tätig war, wurde am 22. September 2010 wegen Abfall vom islamischen Glauben zum Tod durch den Strang verurteilt. Laut IGFM sei er im letzten Gerichtsverfahren vom Vorwurf der Apostasie freigesprochen und aus der Haft entlassen worden. Die Richter hätten hingegen den Vorwurf der Evangelisation, als „staatsfeindliche Propaganda“, aufrechterhalten und Nadarkhani dafür zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt. Diese sähen die Richter mit der knapp dreijährigen, bereits abgesessenen Haft als verbüßt an, sodass der Pastor sofort freigekommen sei.

Die IGFM habe sich seit der Festnahme des Pastors im Oktober 2009 für dessen Freilassung eingesetzt, mehr als 64.000 Unterschriften gesammelt und allein im Jahr 2012 in Deutschland über 70 Mahnwachen durchgeführt, an denen sich Politiker der meisten Fraktionen des Bundestages beteiligt hätten. Unmittelbar vor der letzten Verhandlung habe die Menschenrechtsorganisation der iranischen Botschaft in Berlin 27.000 weitere Unterschriften für Nadarkhanis Freilassung

übergeben wollen, was jedoch verweigerte worden sei.

Informationen zur Person von Youcef Nadarkhani, der Haft, dem Todesurteil und den Entwicklungen, die zu seiner Freilassung geführt haben, können auf der IGFM-Website <http://www.igfm.de/Iran-Freispruch-und-Haftentlassung-fuer-Pastor-Youcef-Nadarkhan.2942.0.html> eingesehen werden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

117. Bundeskonferenz des BFP zum Thema Mission

Freikirche wählt neue Bundesleitung

Erzhausen bei Frankfurt am Main, 17.09.2012/APD Rund 1.000 Delegierte des Bundes Freikirchlicher Pfingstgemeinden (BFP) werden vom 24. bis 27. September zur 117. Bundeskonferenz im Sauerland Stern Hotel in Willingen/Upland erwartet. Die Konferenz steht unter dem Motto „So sehr hat Gott die Welt geliebt“ und thematisiert den missionarischen Auftrag der christlichen Gemeinde in heutiger Zeit. BFP-Präses Roman Siewert (Norddeich) betonte die Alternativlosigkeit dieses Auftrages: „Wir dürfen und müssen missionarisch denken, leben und handeln. Christus muss gepredigt werden, denn er ist der Erlöser und gute Hirte.“

Während der 117. Bundeskonferenz entscheiden die Delegierten auch über den Bundesvorstand der Freikirche. Aus 13

Kandidaten, die zuvor vom amtierenden Präsidium und von den Regionalkonferenzen aufgestellt wurden, soll der neue Bundesvorstand für fünf Jahre gewählt werden. Neben dem geschäftsführenden Vorstand, bestehend aus Präses, Vize-Präses, Generalsekretär und Schatzmeister, werden auch fünf Beisitzer gewählt. Der bisherige Präses, Vize-Präses und Generalsekretär haben sich nicht erneut aufstellen lassen.

Der Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden (BFP) ist nach eigenen Angaben die zweitgrößte Freikirche innerhalb der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) in Deutschland. Zum BFP gehören rund 46.000 Mitglieder in 776 Gemeinden. 273 davon, also 35 Prozent, sind internationale Gemeinden. Einschließlich Kinder, Jugendliche und Gäste als regelmäßige Gottesdienstbesucher zählen etwa 138.000 Personen zum BFP. Weitere Informationen sind im Internet unter www.bfp.de zu finden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

25 Jahre ADRA Deutschland

Weiterstadt bei Darmstadt, 16.09.2012/APD „Ihr seid dort, wo die Schwachen zu Hause sind“, betonte der Präsident der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in West- und Südeuropa, Pastor Bruno R. Vertallier (Bern), am 15. September im Festgottesdienst in Darmstadt zum 25-jährigen Bestehen der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland. Der Geistliche nahm Bezug auf die „Speisung der Fünftausend“ im Matthäusevangelium Kapitel 14 mit der

Aufforderung Jesu an seine Jünger: „Gebt ihr ihnen zu essen“. Genau das habe auch ADRA Deutschland in den letzten 25 Jahren getan: „ADRA besteht, um Menschen Leben zu geben“. Er dankte allen, die für das Hilfswerk arbeiten und es unterstützen.

Der amtierende Präsident von ADRA International, Robert Rawson (Silver Spring, Maryland/USA), würdigte in seiner Ansprache zur Jubiläumsfeier in Weiterstadt bei Darmstadt vor 150 geladenen Gästen aus fünf Kontinenten den Direktor von ADRA Deutschland, Pastor Erich Lischek, der das Hilfswerk 1987 in Darmstadt gründete. Rawson erinnerte an den Neuaufbau der Lepra-Kolonie in Khokna/Nepal, eines der ersten Projekte von ADRA Deutschland im Jahr 1987. Er habe bald darauf selbst Nepal besucht und die schönen neuen Gebäude samt den Werkstätten gesehen, die den Lepra-Kranken Arbeit geben.

Sarajevo, die Stadt der Olympischen Winterspiele 1984, sei während des Bosnienkrieges von 1992 bis 1996 belagert und zerstört worden. In dieser Zeit habe ADRA Deutschland 2,5 Millionen Tonnen Nahrungsmittel, 254.000 Tonnen Kleidung, 16.000 Paar Schuhe und rund 511.000 Nahrungsmittelpakete von privaten Spendern in die umkämpfte Stadt gebracht. Gleichzeitig seien durch ADRA über 3.400 Pakete und 1,16 Millionen Briefe aus Sarajevo befördert sowie rund 1,7 Millionen Briefe in die eingeschlossene Stadt gebracht und zugestellt worden. Etwa 50.000 Menschen hätten Medikamente oder medizinische Versorgung durch das Hilfswerk erhalten. Zwei ADRA-Mitarbeiter seien bei ihrem Einsatz in Bosnien-Herzegowina getötet und fünf weitere zum Teil schwer verletzt worden. Rawson habe 1996 das zerstörte Sarajevo selbst besucht und mit Menschen gesprochen, die besonders dankbar über die Aufrechterhaltung des Postverkehrs durch ADRA mit ihren Verwandten in Deutschland gewesen seien. Das Hilfswerk sei damals in Sarajevo nicht nur ein Begriff gewesen, sondern hätte den Menschen auch Hoffnung gegeben.

Der Präsident von ADRA International zeigte sich beeindruckt von den Unterlagen über die vielen in den letzten 25 Jahren

von ADRA Deutschland durchgeführten Projekte, die er im Archiv des Hilfswerks in Weiterstadt gesehen habe. Er zeichnete Erich Lischek und seine Mitarbeiter für die langjährige Tätigkeit mit einer gravierten gläsernen Skulptur aus. Der Vorsitzende der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Pastor Günther Machel (Ostfildern bei Stuttgart), dankte besonders Lischek für sein Engagement und die 25 Jahre Hilfe für Notleidende in aller Welt, „damit Menschen wieder hoffen können“.

Mit nur einer Teilzeitsekretärin bereitete Pastor Lischek 1986 die Gründung von ADRA Deutschland im Jahr 1987 in Darmstadt vor. Heute arbeiten im ADRA-Landesbüro in Weiterstadt 28 Festangestellte und zehn Freiwillige sowie Ehrenamtliche. Das Hilfswerk bietet auch einen Ausbildungsplatz in Bürokommunikation an.

ADRA Deutschland ist Teil des Netzwerkes von ADRA International, das 120 Länderbüros miteinander verbindet. Gemeinsam setzen sie sich für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit und der Nothilfe ein. ADRA Deutschland ist Mitglied des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes sowie Mitbegründerin des Verbandes Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (VENRO), der „Aktion Deutschland Hilft“ und „Gemeinsam für Afrika“. Sie führt Projekte der Nahrungsmittel-Sicherheit, der Gesundheit, der Bildung, der Einkommensförderung durch Kleinkredite und der Katastrophenhilfe auf vier Kontinenten durch. Projekte des Jahres 2012 sind beispielsweise der Aufbau eines Frühwarnsystems vor Naturkatastrophen in Nepal, Aufklärung über Frühheirat und Genitalverstümmelung in Kenia, das erste duale Berufsbildungssystem in Haiti, Aufbau von Schulen und Bildungszentren in Somalia, Einkommensförderung in der Mongolei, Aufbau einer Backstein-Fabrik in Costa Rica oder Nahrungsmittelhilfe für Notleidende in Mali. Außerdem entsendet ADRA Deutschland jedes Jahr im Rahmen von „weltwärts“ 15 bis 16 Freiwillige zur Mithilfe bei Projekten

nach Albanien, Moldau, Tansania, Kenia, Mexiko, Costa Rica und Indien. Weitere Informationen über ADRA gibt es im Internet unter www.adra.de.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

225 Jahre Lackherstellung in Niesky

Herrnhut/Oberlausitz, 14.09.2012/APD Mit einem Festakt erinnert am 20. September die Evangelische Brüder-Unität – Herrnhuter Brüdergemeine an den Beginn der Lackherstellung in Niesky (Oberlausitz) vor 225 Jahren.

Die Firma Höpner Lacke GmbH – früher Birk & Co. – in Niesky blickt auf eine lange und wechselvolle Geschichte zurück. Als Gründungsjahr der Lackfabrikation wird das Jahr 1787 angesehen. Das Unternehmen geht ursprünglich als Eisenhandlung auf den aus Schweden stammenden Gabriel Hörnberg zurück, der 1752 in die erst zehn Jahre alte Siedlung der Brüdergemeine Niesky kam und 1759 eine Eisenwarenhandlung eröffnete. Sein Nachfolger, der Däne Peter Birk, der das Geschäft 1787 übernahm, begann unmittelbar danach mit der Herstellung von Lacken und lackierten Eisenwaren. Zu Beginn des 19. Jahrhundert erfolgte die Übergabe der Eisenhandlung und der Lackproduktion in die Hände der Brüdergemeine Niesky. Die Firma erhielt 1884 den Namen „Höpner & Co.“ und ging 1895 in die Verantwortung der Evangelischen Brüder-Unität über. 1991 erfolgte die Umwandlung in eine GmbH. Alleiniger Gesellschafter ist die Brüder-Unität. Heute produziert die

Höpner Lacke GmbH mit elf Mitarbeitern jährlich rund 500 Tonnen unterschiedliche Beschichtungsstoffe.

Seit Gründung der Brüdergemeine 1727 in Herrnhut sei das wirtschaftliche, unternehmerische Handeln Teil der Kirche, teilte deren Pressesprecher Thomas Przulski mit. Die feste Integration von privaten und gemeinschaftlichen Wirtschaftsbetrieben in das Leben der Brüdergemeine hätte zur Ausbildung einer eigenen Herrnhuter Wirtschaftsethik geführt. Bereits 1765 habe die Brüdergemeine sehr klare Grundsätze für ihre wirtschaftliche Arbeit festgelegt, wie „aufrichtige, ehrliche und auf beiden Seiten vorteilhafte Bedienung unseres Nächsten“.

„Auch heute geht es den Wirtschaftsunternehmen der Brüder-Unität nicht um Profitmaximierung“, betonte Holger Perske, Mitglied der Kirchenleitung sowie für Finanzen und Vermögen zuständig. „Sondern wir sehen in diesen Betrieben eine Möglichkeit, auch im wirtschaftlichen Leben Grundsätze christlicher Sozialethik zur Geltung zu bringen und zu bewahren. In unserer Kirchenordnung haben wir formuliert: Die Arbeit soll durch Wahrhaftigkeit, Treue und soziale Gesinnung bestimmt sein.“

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

"Schabbat Schałom" – neue TV-Sendung beim "Hope Channel"

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 13.09.2012/APD Unter dem

Titel „Schabbat Schalom“ strahlt der TV-Sender „Hope Channel Deutsch“ des Medienzentrums „Stimme der Hoffnung“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt eine neue Fernsehserie aus. Das Programm kann zum Sabbatanfang am Freitagabend empfangen werden und wandert im Viertelstundenraster mit dem Sonnenuntergang durch das Jahr. Durch die Sendung führt der TV-Moderator Pastor Matthias Müller.

Die neue wöchentliche Sendung dauert etwa zehn Minuten und ist als Impuls zum Innehalten gedacht. Sie enthält neben einem Video eine kurze Reflexion zu wechselnden Themen. „Schabbat Schalom“ ist ein hebräischer Sabbatgruß und setzt sich aus den Worten „Sabbat/Schabbat“ (Ruhe) und „Schalom“ (Frieden) zusammen. Nach der Bibel beginnt der Ruhetag (Sabbat/Samstag) am Freitagabend mit dem Sonnenuntergang.

Zuschauer können mit eigenen Videos an der Gestaltung der Sendereihe mitwirken, deren Zielgruppe Familien samt Jugendlichen und Kindern sind. „In den wöchentlichen Sendungen wird daher häufig eine kleine Familienaktivität vorgeschlagen, als Anregung zur Gestaltung des gemeinsamen Freitagabends und zur Stärkung des Familienlebens“, informierte Müller.

Entlehnt wurde der Sendetitel beim „Hope Channel Radio“, wo unter dem gleichnamigen Titel bereits seit längerer Zeit ein spezielles Musik- und Tagesprogramm ausgestrahlt wird. Im Radio beginnt das Programm jeden Freitagabend um 18 Uhr mit einer Andacht zum Sabbatanfang und endet am Samstagabend um 18 Uhr mit einer Andacht zum Sabbatschluss. Das Fernseh- und Radioprogramm des „Hope Channel“ ist im Internet unter www.hope-channel.de zu finden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Briefmarke und Gedenktafel zum 200-jährigen Jubiläum der Deutschen Bibelgesellschaft

Stuttgart, 12.09.2012/APD Aus Anlass der Gründung der Württembergischen Bibelanstalt gibt es ab 13. September die Sonderbriefmarke „200 Jahre Deutsche Bibelgesellschaft“. Ministerialdirektor Dr. Bruno Kahl vom Bundesfinanzministerium stellte im Stuttgarter Rathaus das neue Postwertzeichen vor. Die Briefmarke zeigt einen Ausschnitt aus dem Lukasevangelium in der Fassung eines der ersten Neuen Testamente, welche die Württembergische Bibelanstalt in der Lutherübersetzung herausgab. Der Wert der Marke, die in einer Auflage von vier Millionen Exemplaren erscheint, beträgt 85 Cent, passend für eine Büchersendung bis 500 Gramm.

Dr. Kahl erinnerte daran, dass es bereits 1962 zum 150. Geburtstag der Württembergischen Bibelanstalt eine Sondermarke der damaligen Deutschen Bundespost im Wert von 20 Pfennig gab. Die Bibel bezeichnete er als ein Buch, das „anders ist als alle anderen“. Obwohl der Text der Heiligen Schrift schon sehr alt sei, „ist er immer noch aktuell“. Er leuchte die Gründe und Abgründe des menschlichen Daseins aus und spende Trost und Hoffnung.

Die Bibelgesellschaft stehe in der Tradition Martin Luthers, betonte der Bischof der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, Dr. Frank Otfried July, bei der Präsentation der Sonderbriefmarke. Wie der Reformator ermögliche auch die Bibelgesellschaft den Menschen, die Heilige Schrift zu hören und zu verstehen. „Vielen ist die Bibel nicht mehr bekannt“, bedauerte der Landesbischof. Doch Oratorien, große Teile der

Literatur und der Bildenden Kunst seien nur bei Kenntnis der Heiligen Schrift zu verstehen. July erinnerte angesichts der aktuellen Diskussionen an die Verse auf der Briefmarke aus der Geburtsgeschichte Jesu, in der von seiner Beschneidung berichtet wird. Auch das zeige, wie biblische Geschichten in das Leben hineinspielten.

„Das 2. Kapitel des Lukasevangeliums, die Geburtsgeschichte Jesu, wurde gewählt, weil es sich um einen besonders bekannten Text handelt“, sagte Pfarrer Klaus Sturm, Generalsekretär der Deutschen Bibelgesellschaft. Auf der Briefmarke ist auch der 21. Vers zu finden: „Und da acht Tage um waren, dass das Kind beschnitten wurde; da ward sein Name genannt Jesus.“ Dass auch dieser Text auf dem Postwertzeichen steht, sei allerdings schon lange vor der Debatte um die Beschneidung festgelegt worden.

Dass immer wieder neu Menschen durch die Arbeit der Bibelgesellschaft an das Wort Gottes herangeführt werden, wünschte Prälat Dr. Bernhard Felmberg (Berlin), Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Der Stuttgarter Verwaltungs-Bürgermeister Werner Wölfle betonte, auch wenn die Bibelgesellschaft betriebswirtschaftlich bestehen müsse, handele es sich um ein Unternehmen der besonderen Art. Die Bibel sei die Verfassung des christlichen Glaubens und eine Fundamentaethik.

Im Anschluss an die Präsentation im Rathaus enthüllten am Marktplatz 5 in Stuttgart Landesbischof July, Bürgermeister Wölfle und Christiane Haufler die Gedenktafel zur Entstehung der Bibelgesellschaft. Vor 200 Jahren stand am gleichen Ort das Haus des Kaufmanns Tobias Heinrich Lotter. Dort gründeten Pfarrer, Kaufleute und Beamte am 11. September 1812 die Württembergische Bibelanstalt. Heute ist am Marktplatz 5 das Geschäft „Haufler am Markt“ ansässig.

Die Initiative zur Gründung der Bibelanstalt ging von der „Britischen und Ausländischen Bibelgesellschaft aus. Zweck war

„die Verbreitung der Bibel unter den ärmeren Volksklassen im evangelischen Württemberg“. Da der württembergische König Friedrich der neuen Organisation Portofreiheit gewährte, führte sie lange den Namen „Privilegierte Württembergische Bibelanstalt“. 1981 trat die Deutsche Bibelgesellschaft an die Stelle der Bibelanstalt. Außerdem entstand die Württembergische Bibelgesellschaft für die bibelmissionarische Arbeit in der Region.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Adventistische Kirchenleitung in den USA will 14 Frauen als Pastorinnen ordinieren

Roseville, Kalifornien/USA, 11.09.2012/APD Am 5. September habe der Exekutivausschuss der „Pacific Union Conference“ (PUC), einer überregionalen Kirchenleitung (Union/Verband) der Siebenten-Tags-Adventisten in den USA, beschlossen, 14 Frauen und zwei Männer zum Pastorendienst zu ordinieren, wie „Spectrum“ berichtete. Die Entscheidung sei mittels Telefonkonferenz gefasst worden, bei der einige Präsidenten der sieben regionalen Kirchenleitungen (Vereinigungen) am Sitz der PUC in Westlake Village/Kalifornien anwesend gewesen seien und die restlichen 48 Mitglieder per Konferenzschaltung teilgenommen hätten. Es habe nur der Punkt „Ordination“ auf der Agenda gestanden. „Das war eine geschichtsträchtige Abstimmung“, sagte PUC-Präsident Pastor Ricardo Graham nach der Entscheidung.

Das Gebiet der „Pacific Union Conference“ umfasst die Adventisten in den US-Bundesstaaten Arizona, Hawaii, Kalifornien, Nevada, Utah sowie auf den Johnston und Midway Inseln. Dort gibt es 220.265 erwachsen getaufte Mitglieder in 687 Kirchengemeinden.

Einer der ersten Gottesdienste, an denen zwei adventistische Frauen im PUC-Kirchenverwaltungsgebiet zum Pastorendienst ordiniert werden sollen, sei nach Angaben von „Spectrum“ am 6. Oktober 2012 in der Loma Linda University Church in Kalifornien geplant. Es handle sich um Marlene Ferreras und Genevieve Koh Isidro, deren Ordination gemeinsam mit Cristian Jordan vorgesehen sei.

Die „Pacific Union Conference“ im Westen und die „Columbia Union Conference“ im Osten der USA haben im August 2012 entschieden, in Zukunft die Ordination zum Pastorendienst unabhängig vom Geschlecht durchzuführen. Im April 2012 beschlossen dies auch die Delegierten der überregionalen Kirchenleitung des „Norddeutschen Verbandes“ (NDV), wobei deren Leitung laut NDV-Präsident Pastor Johannes Naether mit dem Vollzug dieses Beschlusses bis nach der Weltsynode (Generalkonferenz-Vollversammlung) 2015 in San Antonio, Texas/USA, warten wolle, an der die Ordinationsfrage auf der Agenda stehen soll.

Laut einem Schreiben vom 19. August 2012 hat Pastor Ted Wilson, Präsident der adventistischen Weltkirchenleitung (Generalkonferenz), angekündigt, dass der Exekutivausschuss der Weltkirchenleitung zu den Beschlüssen der überregionalen Kirchenleitungen von CUC, PUC und NDV, die Ordination unabhängig vom Geschlecht durchzuführen, Stellung nehmen werde. Die Generalkonferenz strebt in der Frage der Frauenordination zum Pastorendienst eine weltweite Regelung an und wendet sich deshalb gegen vorzeitige Alleingänge einzelner Kirchenregionen. Mit der Entscheidung der PUC, bereits am 6. Oktober die erste Ordination von Frauen zum Pastorendienst vorzunehmen, wird der Exekutivausschuss der Weltkirchenleitung

bei seiner Sitzung vom 12. bis 17. Oktober 2012 vor vollendeten Tatsachen gestellt.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Straftat Beschneidung – Religionsfreiheit unter Druck

Lüneburg, 10.09.2012/APD Mit dem Urteil des Kölner Landgerichts vom 7. Mai zur Beschneidung befassen sich die Präsidenten des Nord- und Süddeutschen Verbandes der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, die Pastoren Johannes Naether (Hannover) und Günther Machel (Ostfildern bei Stuttgart), in ihrem Leitartikel in der Septemberausgabe der Zeitschrift „Adventisten heute“. Das Gericht hatte in seiner Entscheidung das grundgesetzlich geschützte Recht des Kindes auf körperliche Unversehrtheit und auf religiöse Selbstbestimmung gegenüber dem Recht auf Religionsfreiheit der Eltern und deren Sorge- und Erziehungsrecht bevorzugt.

Zu beobachten sei, so die beiden Geistlichen, dass in der Abwägung der Rechtsfragen das Individualrecht der einzelnen Person häufig einen höheren Stellenwert erhalte als die Ansprüche und Erwartungen des sozialen Umfeldes, etwa der Eltern oder einer Religionsgemeinschaft. „Das ist im Prinzip durchaus begrüßenswert.“ Wenn man bedenke, dass in Deutschland noch im 19. Jahrhundert staatliche Behörden eingegriffen hätten, wenn christliche Eltern aufgrund ihrer Glaubensüberzeugung eine Kindertaufe abgelehnt und sogar Zwangstaufern angeordnet worden seien, um die religiöse und

öffentliche Ordnung wiederherzustellen, dann könne man nur froh sein, dass diese Zeiten vorbei sind. Das Kölner Urteil zeige nun allerdings in die Richtung des anderen Extrems. Jetzt könnten religiöse Aufnahmezerimonien vom Staat strafrechtlich unterbunden werden.

Das Landgericht Köln habe damit argumentiert, dass irreparable Veränderungen am Körper des Kindes vermieden werden sollten, bis der Junge in der Lage sei, selbst über seine Religionszugehörigkeit zu entscheiden. Den Eltern wäre zuzumuten, diesen Zeitpunkt abzuwarten. Die Begründung höre sich modern und aufgeklärt an. „Allerdings müsste in diesem Zusammenhang dann ehrlicherweise auch über die Taufe von Säuglingen beziehungsweise Kleinkindern nachgedacht werden. Dabei entscheiden ja ebenfalls Eltern über die Kirchenzugehörigkeit ihrer Kinder“, geben die beiden Freikirchenleiter zu bedenken.

Doch es tauchten weitere Fragen auf: Wenn schon die körperliche Unversehrtheit des Kindes neben dessen Wahlfreiheit hervorgehoben werde, müsste man dann nicht auch verbieten, kleinen Mädchen Ohrlöcher zu stechen oder Kinder so zu ernähren, dass sie schon Altersdiabetes vor Erreichung des Jugendalters haben? Und wie sei es mit der verbreiteten Gewohnheit, kleine Kinder einfach vor den Fernseher zu setzen? Die Frage, wie tief eine Erziehung, ob religiös oder nicht, in die geistige und psychische Entwicklung eines Kindes eingreife, sei doch berechtigt? Wirke sie nicht sehr viel folgenreicher auf das Kind ein als eine körperliche Beschneidung? Wäre in Zukunft vielleicht auch damit zu rechnen, dass Kinder nicht mehr zu einem Gottesdienst mitgenommen werden dürften, weil das ihre Wahlfreiheit beschneide?

Die Pastoren Naether und Machel verweisen auf Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO), wonach weltweit zwischen einem Sechstel und einem Drittel aller Männer beschnitten seien. Negative Auswirkungen auf ihre Sexualität wären dadurch

nicht feststellbar. Die WHO empfehle die Beschneidung sogar als präventive Maßnahme gegen die Verbreitung von AIDS. Christen würden aufgrund neutestamentlicher Aussagen keine Beschneidung aus religiösen Gründen praktizieren. Dennoch begrüßten die beiden adventistischen Freikirchenleiter das Schreiben des Vorstandes der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) an die Bundeskanzlerin, „mit Nachdruck den Gesetzgeber zu bitten, hier für Rechtsklarheit und Schutz der Menschen in unserem Land zu sorgen, die eine Beschneidung von Jungen aus religiösen Gründen in ihrer elterlichen Sorge als eine dem Wohl des Kindes zuträgliche Entscheidung verantworten“.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Anja Hilscher, "Imageproblem"

Anja Hilscher, „Imageproblem – Das Bild vom bösen Islam und meine bunte muslimische Welt“, Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh, 2012, 159 Seiten, kartoniert, 14,99 Euro, ISBN 978-3-579-06576-2.

Ostfildern, 09.09.2012/APD In 18 Kapiteln setzt sich die deutsche Konvertitin humorvoll und frech mit dem Islam auseinander. Ob sie über das Gottesbild erzählt oder über die islamischen Gebote, über religiösen Fanatismus, islamische Machos oder den Sinn des Lebens – so überraschend anders und bunt wird diese Religion dem Leser selten präsentiert. Vor allem kann die Autorin, deren Mutter bereits zum Islam übertrat, die vielen freundlichen Züge, die man in diesem Buch

an der ach so finsternen Lehre Mohammeds entdecken darf, auch noch mit Texten aus der Tradition des Islam belegen.

Bei ihrem Versuch zu einer Prognose kommt Anja Hilscher unter anderem zu der Erkenntnis, „das, was uns heute in Form von Gewaltbereitschaft, Intoleranz und Dogmatismus in Kombination mit moralischem Überlegenheitsgefühl von mehreren Seiten als ‚Islam‘ verkauft wird, gar nicht der Islam ist. Der Geist des wahren Islam ist ein ganz anderer und hält irgendwo einen ziemlich ausgedehnten Winterschlaf.“

Wenn dieser Geist nun wieder erwache, werde das in vermutlich „unislamischer, fremder Umgebung“ geschehen. Die Autorin meint, dass zum Beispiel Nichtmuslime toleranten, aufgeschlossenen Moslemen, die für einen ebensolchen Islam eintreten, die Hand reichen und mit ihnen zusammenarbeiten, oder auch umgekehrt. „Weder der Koran noch der Prophet Mohammed haben je behauptet, ein Monopol für Weisheit, Wissen und Rechtsleitung zu besitzen! Vieles, was in östlichen Philosophien und auch im christlichen Abendland gedacht, geschrieben und praktiziert wurde, steht völlig im Einklang mit den islamischen Lehren. Nichtmuslime mögen mir verzeihen, wenn ich persönlich sogar glaube: Dies alles ist Islam.“

Dr. Wolfgang Tulaszewski

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Einladungsprospekt **zum**

Kirchentag 2013 in Hamburg ist da

Fulda, 07.09.2012/APD Das 12-seitige Faltblatt mit der Einladung zum 34. Deutschen Evangelischen Kirchentag vom 1. bis 5. Mai 2013 in Hamburg ist erschienen. Mehr als 100.000 Menschen aus der Bundesrepublik und darüber hinaus werden zu dem Großereignis erwartet. Unter der Losung „Soviel du brauchst“ aus dem 16. Kapitel, Vers 18, im 2. Buch Mose geht es beim Kirchentag um die Frage, was zum Leben wirklich nötig ist. „Zwischen Überfluss und Mangel begeben wir uns auf die Suche nach dem rechten Maß in Wirtschaft und Politik, im privaten Leben und in der Kirche“, so Kirchentagspräsident Professor Dr. Gerhard Robbers und Generalsekretärin Dr. Ellen Ueberschär.

Die Teilnahme am Kirchentag kostet – wie vor zwei Jahren in Dresden – 89 Euro, für Jugendliche bis 25 Jahre und andere ermäßigt 49 Euro und für Familien 138 Euro. Eine Förderkarte zum Preis von 24 Euro wird beim Bezug von Grundsicherung und ALG II angeboten. Das Faltblatt „Sie sind eingeladen“ kann im Internet unter www.kirchentag.de/download heruntergeladen werden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Verhaltens Reaktion der

Kirchen zum Aufruf "Ökumene jetzt"

Berlin, 06.09.2012/APD Eine Initiative prominenter, engagierter evangelischer und römisch-katholischer Christen hat am 5. September in Berlin die Erklärung „Ökumene jetzt – ein Gott, ein Glaube, eine Kirche“ vorgestellt. Unter Bezug auf zwei kirchengeschichtliche Jubiläen, den 50. Jahrestag des Beginns des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962-1965) sowie das 500. Gedenken an den Beginn der Wittenberger Reformation mit dem Thesenanschlag Luthers am 31. Oktober 1517, wolle sie „einen Beitrag zur Überwindung der Kirchentrennung“ leisten.

In ihrem Aufruf „Ökumene jetzt“ erinnern die Initiatoren, dass durch die Taufe die Gläubigen „als Geschwister miteinander verbunden“ seien. „Sie bilden als Volk Gottes und Leib Christi die eine Kirche.“ Deshalb gehe es nicht um „Versöhnung bei Fortbestehen der Trennung, sondern [um] gelebte Einheit im Bewusstsein historisch gewachsener Vielfalt“. Dabei werde die Frage verneint, ob theologische Gründe, institutionelle Gewohnheiten, kirchliche und kulturelle Traditionen ausreichen, um die Kirchenspaltung fortzusetzen.

Die Unterzeichner der Initiative sind davon überzeugt, „dass katholische und evangelische Christen viel mehr verbindet als unterscheidet“. Zwar gebe es unterschiedliche Positionen im Verständnis von Abendmahl, Amt und Kirche, doch diese Unterschiede könnten die Aufrechterhaltung der Trennung nicht rechtfertigen. In beiden Kirchen sei die Sehnsucht nach Einheit groß. Deshalb werde an die Kirchenleitungen appelliert, „die Trennung unserer Kirchen“ zu überwinden. Die Christen im Land der Reformation stünden in der besonderen Verantwortung, „Zeichen zu setzen und dazu beizutragen, den gemeinsamen Glauben auch in einer gemeinsamen Kirche zu leben“.

Zu den Erstunterzeichnern des Aufrufes gehören mit dem im Ruhestand befindlichen Leipziger Pfarrer Christian Führer, dem emeritierten Theologieprofessor Günter Brakelmann und der ehemaligen Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer drei evangelische, mit Bundesministerin Annette Schavan und dem emeritierten Professor Otto Hermann Pesch zwei katholische Theologen. Andere Personen haben leitende Ämter in ihren Kirchen inne gehabt wie die ehemaligen Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Bundespräsident a.D. Richard von Weizsäcker und der Mediziner Eckhard Nagel, der frühere Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Staatsminister a.D. Hans Maier, und dessen ehemaliger Generalsekretär Friedrich Kronenberg. Norbert Lammert als Bundestagspräsident, Frank-Walter Steinmeier, Gerda Hasselfeldt und Wolfgang Thierse stehen in aktueller politischer Verantwortung. Thomas Bach als Präsident und Michael Vesper als Generaldirektor dienen dem Deutschen Olympischen Sportbund. Mit Andreas Felger, Günther Jauch und Arnold Stadler sind Künstler, Medienschaffende und Schriftsteller vertreten. Der Text des Aufrufes ist im Internet unter www.oekumene-jetzt.de zu finden.

Der Vorsitzende der römisch-katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, bezeichnete in seiner Erklärung zum Aufruf „Ökumene jetzt“ den ökumenischen Dialog als „unverzichtbar“. Die Einheit der Kirche müsse „auch sichtbar Gestalt“ gewinnen. Eine gegenseitige Anerkennung der Kirchen sei tatsächlich zu wenig. Es bleibe jedoch schmerzlich, „dass eine volle sichtbare Einheit der Kirche nicht absehbar ist“. Eine Überwindung der Kirchenspaltung sei aber nicht ohne eine solide theologische Verständigung möglich, betonte Zollitsch. Es wären vor allem theologische Gründe und erst nachrangig politische Ursachen gewesen, die zur Kirchenspaltung geführt hätten. „Ökumene ist nicht eine politische Frage, sondern zunächst und vor allem eine Frage der Suche nach Gott, der befreienden und zugleich fordernden Ausrichtung an der Heiligen Schrift und der Suche

nach gemeinsamer Teilhabe am Leben des Herrn in der Kirche.“

Der Vizepräsident im Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Dr. Thies Gundlach, wies zum Manifest der Initiative „Ökumene jetzt“ darauf hin: „Aus evangelischer Sicht ist die Reformation noch nicht vollendet.“ Die Reformatoren hätten am Beginn des 16. Jahrhunderts ein anderes Bild von Kirche entwickelt, das sich auch heute noch an einigen zentralen Punkten von dem Bild der römisch-katholischen Geschwister unterscheide. Es sei daher gut, in ökumenischen Zusammenhängen nicht den Eindruck zu erwecken, dass Theologie gleichgültig wäre. Es sollte vielmehr über die theologischen Gründe für die unterschiedlichen Kirchenverständnisse immer wieder nachgedacht werden. Deshalb gelte: „In ökumenischen Dingen so viel Tempo wie möglich, aber auch so viel Geduld wie nötig.“

Landesbischof Professor Dr. Friedrich Weber (Wolfenbüttel), Catholica-Beauftragter der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), würdigte, dass die Initiative „Ökumene jetzt“ die Kirchen beim Wort nähme und einfordere, dass „nach den Jubiläen nicht alles so bleibt, wie es vorher war“. Allerdings bleibe der Aufruf eine Antwort schuldig, wie diese Einigung und das Ziel, „den gemeinsamen Glauben auch in einer Kirche zu leben“ konkret umgesetzt werden könne: Wie viel Vereinheitlichung und wie viel Vielfalt sei angemessen? Wie könne mit den Unterschieden, die es durchaus gebe, aber laut Aufruf keine Trennung mehr rechtfertigten, umgegangen werden? Sei es egal, welche Rolle Christinnen und Christen dem Papst oder Frauen im ordinierten Amt zuschrieben? Sollten Christen im Land der Reformation „in einer gemeinsamen Kirche leben“, notfalls auf Kosten der Gemeinschaft mit ihren konfessionellen Geschwistern außerhalb Deutschlands? Ohne Präzisierung in solchen Fragen bleibe zu befürchten, dass der Text in seiner Unbestimmtheit und Offenheit zwar von vielen Seiten Zustimmung finden werde, letztlich jedoch wirkungslos bleibe. „Das wäre schade.“

Dr. Michael Diener, Vorsitzender der Deutschen Evangelischen Allianz und Präses des Evangelischen Gnadauer Gemeinschaftsverbandes, zeigte sich überrascht, dass der „sehr gelehrt und differenziert aufgebaute Aufruf“ am Schluss recht oberflächlich und pauschal davon spreche, dass die Unterschiede in der Amtsfrage, im Kirchenverständnis und der Sakramentslehre die Trennung nicht rechtfertigten und deshalb auch die institutionelle Einheit forderten. Der Aufruf verkenne die tiefe Diskrepanz in den angesprochenen Themenfeldern. Er unterschlage aber auch, „dass das gemeinsame Fundament in vielen ethischen Fragen durch bedenkliche Entwicklungen in den evangelischen Kirchen in den vergangenen Jahren zunehmend geringer geworden ist“. Die Evangelische Allianz unterstütze den Wunsch nach intensivem Ringen um lehrmäßige Übereinstimmung. Nach ihrer Auffassung sei es aber nicht die Zeit für eine institutionelle Einheit von evangelischer und katholischer Kirche.

Der Vorsitzende der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Pastor Günther Machel (Ostfildern bei Stuttgart), wies darauf hin, dass der Aufruf der Initiative „Ökumene jetzt“ nur die beiden großen Kirchen in Deutschland betreffe. Die orthodoxen Kirchen und die evangelischen Freikirchen seien hierbei nicht im Blick. Deshalb wäre den Initiatoren entgangen, dass es nicht nur im Verständnis von Abendmahl, Amt und Kirche Unterschiede gebe, sondern auch bei der Taufe. Am 29. April 2007 hätten im Dom zu Magdeburg nur elf der 17 Mitgliedskirchen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Deutschland und keine der vier ACK-Gastkirchen eine Erklärung zur gegenseitigen Anerkennung der Taufe unterzeichnet. Zwei altorientalisch-orthodoxe Kirchen, die Heilsarmee und die sogenannten „täuferischen“ Kirchen, die statt der Kindertaufe die Erwachsenen- oder Glaubentaufe praktizierten, hätten das Dokument nicht unterschrieben.

Weltweit gebe es über 500 Millionen Christen, die als

biblische Taufe im Sinne des Neuen Testaments nur die Glaubenstaufe anerkennen würden, so Machel. Man könne leicht sagen, dass Christen mehr verbinde als unterscheide. Doch die Unterschiede wären gravierender, als der Aufruf sie darstelle. Die Einheit der Kirchen könne nicht wie etwa bei einem politischen Kompromiss erreicht werden. Druck bei Wahrheitsfragen könne das Gegenteil bewirken und zu Abspaltungen mit neuen Kirchen führen.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Flüchtlingshilfe für Alkoholabhängige und Schulabbrecher in Indien

Weiterstadt bei Darmstadt, 05.09.2012/APD Im März 2012 begann die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA in Tamil Nadu, dem südlichsten Bundesstaat Indiens, zwei Projekte in Zeltlagern für Flüchtlinge aus Sri Lanka. Dabei gehe es um ein Entzugsprogramm für Alkoholabhängige und Förderkurse für Schulabbrecher. Die Projekte seien Bestandteil einer Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen ADRA, Christian Aid und dem Dänischen Flüchtlingsrat (DRC), die mit unterschiedlichen Angeboten die Menschen aus Sri Lanka unterstützen wollen. Finanziell gefördert würden die Projekte von ECHO, der Europäischen Kommission für Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz. Bis Ende 2012 solle das Entzugsprogramm 200 Alkoholabhängigen den Weg in ein Leben ohne Sucht ermöglichen, und Fördermaßnahmen 250 Schülern helfen, einen

qualifizierten Schulabschluss zu erlangen.

Um alkoholabhängige Flüchtlinge und ihre Familie kümmerten sich das Jesuit Ministry to Alcohol and Drug Dependents (Jesuitenkloster für Alkohol- und Drogenabhängige), die Kajamalai Ladies Association (Frauenvereinigung) sowie das Wisdom Krankenhaus in Chennai. Diese Einrichtungen würden unter anderem Entgiftung, Beratung und psychosoziale Unterstützung anbieten, teilte die Mitarbeiterin von ADRA Deutschland, Sandra Daxenbichler, mit.

Für die Auswahl geeigneter Teilnehmer des Entzugsprogramms, habe ADRA das Personal geschult, um Alkoholsucht zu erkennen und die Betroffenen im Laufe ihrer Behandlung zu beraten. Die Suchtkranken nähmen an einem dreiwöchigen Entzug in den Einrichtungen teil, woran sich der wöchentliche Besuch einer Gruppe der Anonymen Alkoholiker im Bezirk anschließe. Die Mitarbeiter der Einrichtungen würden sich auch noch nach der Behandlung um die Teilnehmer und deren Familien kümmern.

In den 46 Flüchtlingscamps hätten bereits im Vorfeld Gruppengespräche mit Frauen, Männern, Jugendlichen und Kindern stattgefunden. „Sie berichteten von Übergriffen häuslicher Gewalt, Alkoholabhängigkeit und Suizid“, so Daxenbichler. Die Angehörigen erhielten psychosoziale Unterstützung. ADRA rate ihnen, sich in Selbsthilfe-Gruppen wie den Al-Anon (Angehörige Alkoholabhängiger) oder den Alateen (Kinder Alkoholabhängiger) zusammenzutun.

„Fehlende Bildung ist einer der Hauptgründe für ein Leben in Armut“, betonte Sandra Daxenbichler. Deshalb führe ADRA ein Bildungsprojekt für 250 jugendliche Schulabbrecher in 33 Flüchtlingscamps durch. Wichtig sei dabei der Wille der Schüler, weiterzumachen und auch selbst an ihrem Erfolg mitzuarbeiten. Gemeinsam mit der Familie werde eine Vereinbarung getroffen, an dem Förderkurs-Programm teilzunehmen. Die Förderung gelte für Schülerinnen und Schüler der achten bis zehnten Klasse. Dabei würden Lehrer aus den

Camps oder von außerhalb die ausgewählten Schulabbrecher mit Hilfe des Lehrplans des indischen Kultusministeriums auf die Prüfungen im Oktober 2012 vorbereiten. Außer den Lehrkräften stelle ADRA auch Lernmaterialien. Zudem bleibe der Kontakt zur Familie bestehen, um über Fortschritte zu berichten.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Kirchenspaltung bei Ungarns Adventisten soll überwunden werden

Pécel/Ungarn, 04.09.2012/APD Seit 37 Jahren besteht in Ungarn zwischen der abgespaltenen „Christlich Adventistischen Gemeinde“ (KERAK) und der „Union der Adventisten in Ungarn“ (HUC) ein Schisma. Der neu gewählte KERAK-Vorsteher, Pastor János Cserbik, habe Pastor Bertil Wiklander (St. Albans/England), Präsident der adventistischen Kirchenleitung in Nord- und Südosteuropa (TED), gebeten, ein Verfahren mit dem Ziel einzuleiten, die langjährige Kirchenspaltung der Adventisten in Ungarn zu überwinden, wie „tedNEWS“ mitteilte. Am 29. August trafen sich in Pécel am Verwaltungssitz der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Ungarn unter der Leitung von Bertil Wiklander und Raafat Kamal von der Kirchenleitung in Nord- und Südosteuropa (TED) die KERAK- und HUC-Delegation zu einem ersten siebenstündigen Gespräch. Das Gespräch sei freundlich, konstruktiv und ernsthaft gewesen, berichtete Wiklander.

Laut „tedNEWS“ suchten beide Delegationen Einheit und stimmten in der Zielsetzung für weitere Dialoge zur Erreichung der organisatorischen Einheit darin überein, dass diese nur auf biblischen Prinzipien und den Arbeitsrichtlinien (Working Policy) der adventistischen Weltkirche erreicht werden könne, sowie durch gegenseitige Offenheit in diesem Prozess. Die Kirchenspaltung der Adventisten in Ungarn ereignete sich in der Regierungszeit der Kommunisten und beruhte nicht auf theologisch unterschiedlichen Auffassungen.

„Ich bin zufrieden mit diesem Treffen und spürte die Gegenwart des Heiligen Geistes“, sagte Pastor Wiklander. „Wir haben die Absicht, diesen Dialog, der so gut begonnen hat, bald fortzusetzen. Ich bitte alle Brüder und Schwestern in unserer weltweiten Kirche und in der KERAK-Gemeinschaft für diesen Prozess zu beten. Gott wird uns die Weisheit schenken, die richtigen Entscheidungen zu treffen.“

An der Überwindung des 37-jährigen und komplexen Schismas hätten laut „tedNEWS“ in der Vergangenheit drei adventistische Weltkirchenpräsidenten und Vize-Präsidenten, drei überregionale Kirchenpräsidenten sowie fünf Präsidenten der Ungarischen Adventisten gearbeitet, ohne die Spaltung beheben zu können.

Die KERAK-Delegation bestand aus Vorsteher János Cserbik, Zoltán Bodolai, József Végh und István Stramszki. Seitens der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Ungarn nahmen deren Präsident, Pastor Tamás Z. Ócsai, Erno Osz-Farkas und Géza Hegyes-Horváth teil.

Die „Christlich Adventistische Gemeinde“ (KERAK) in Ungarn besteht aus sechs Verwaltungsregionen mit 79 Gemeinden und 1.620 Mitgliedern.

Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten wurde 1912 in Ungarn gegründet. Es versammeln sich 4.683 erwachsen getaufte Adventisten in 110 Kirchengemeinden zum Gottesdienst. Die

dortigen Adventisten unterhalten ein Theologisches Seminar, ein Medienzentrum sowie ein Alten- und Pflegeheim.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Schweizer Adventisten unterstützen Initiative "Schutz vor Passivrauchen" für alle

Zürich/Schweiz, 03.09.2012/APD Der Gesundheitsschutz sei wichtiger als wirtschaftliche oder föderale Interessen, heißt es in einer Medienmitteilung der Freikirche der Siebententags-Adventisten in der Schweiz. Die Adventisten teilen darin die Unterstützung der Initiative „Schutz vor Passivrauchen“ für alle mit, über die am 23. September in einer Volksabstimmung entschieden wird. Laut der Medienmitteilung werde mit Annahme der Initiative niemandem das Rauchen verboten. Sie schütze vielmehr all jene, die an ihrem Arbeitsplatz dem Tabakrauch ausgesetzt seien und schaffe in der ganzen Schweiz eine einheitliche Regelung.

Die Freikirchenleitung teile den liberalen Ansatz der Initiative, wonach die eigene Freiheit dort aufhöre, wo die Freiheit des anderen eingeschränkt werde. Mitarbeitende im Gastgewerbe müssten mit Annahme der Initiative nicht weiterhin rauchende Gäste bedienen.

Wallenberg"

Danny Smith, „Raoul Wallenberg – der Mann, der 100 000 Juden rettete“, 2001, englische Originalausgabe unter dem Titel „Lost Hero“ by Harpers Collins Publ. Ltd. London, Brunnen Verlag, Gießen, 2012, kartoniert, 224 Seiten, 9,99 Euro, ISBN 978-3-7655-4167-4.

Ostfildern, 02.09.2012/APD Es ist die faszinierende Geschichte eines jungen schwedischen Diplomaten, der in den letzten sechs Monaten vor der Einnahme Budapests durch die Russen während des 2. Weltkrieges 1944/45 mit unglaublichem Mut und Einfallsreichtum viele Tausende ungarischer Juden vor den Gaskammern der Nazis rettete. Wallenberg, der den reichsten und angesehensten schwedischen Familien angehörte, wurde jedoch bei Kriegsende von den Sowjets als vermeintlicher Spion mit 32 Jahren verhaftet und verschwand spurlos in ihren Gefängnissen.

Bei der beispiellosen Rettungsaktion spielte auch der von Adolf Hitler für die sogenannte Endlösung der Juden beauftragte SS-Führer Adolf Eichmann eine führende Rolle, dem Wallenberg mit zahlreichen Schnippchen viele jüdische Bürger aus Budapest im letzten Augenblick entführte und sich hierbei schwedischer Schutzpässe bediente, die er selber ausstellte. Wallenberg hatte sich während seines anschließenden Moskauer Gefängnisaufenthaltes mehrfach vergeblich auf seinen Diplomatenstatus berufen und Kontakte zum sowjetischen Hautquartier gefordert.

Der amerikanische Erfolgsautor Danny Smith verfolgte Wallenbergs Leidensweg durch die Moskauer Gefängnisse Lubjanka und Lefortowo und wies auch auf die angeblichen unzureichenden schwedischen diplomatischen Bemühungen für die Freilassung des jungen Diplomaten hin, dessen Spuren sich zwar verloren, den man jedoch noch lange am Leben glaubte. Im Spätsommer 2011 haben die Wallenbergforscher Vadim Birstein und Susanne Berger

eine umfassende Überprüfung der russischen Geheimdienstakten zum Fall Raoul Wallenberg gefordert.

Dr. Wolfgang Tulaszewski

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!